

Absender/in (Erklärende/r)

Name, Vorname	Wohnort
Straße	Geburtsdatum
Tel. Nr./Mobil-Nr. (freiwillig)	E-Mail (freiwillig)

Magistrat der Stadt Oberursel (Taunus)
 -Sozialberatung und Wohnungswesen-
 Postfach 1280
 61402 Oberursel (Taunus)

Vollzug des Hessischen Gesetzes über
 die Fehlbelegungsabgabe in der
 öffentlichen Wohnraumförderung
 (Fehlbelegungsabgabe – FBAG)

ERHEBUNGSBOGEN

für eine ausgleichspflichtige Wohnung nach dem Fehlbelegungsabgabegesetz

Wichtige Hinweise

Bitte füllen Sie diesen Vordruck gut lesbar aus und senden Sie ihn innerhalb von 4 Wochen an uns zurück.

Nach dem Gesetz sind alle Mieter/innen verpflichtet, die geforderten Auskünfte rechtzeitig und vollständig zu geben. Sollten ihre Erklärung und die Einkommensnachweise innerhalb der angegebenen Frist nicht oder nur unvollständig bei uns eingegangen sein, muss gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe in der öffentliche Wohnraumförderung (Fehlbelegungsabgabe-Gesetz) vermutet werden, dass ihr Einkommen die Einkommensgrenze um mindestens 20 % übersteigt. Dies hat zur Folge, dass für Sie der Höchstbetrag festgesetzt wird.

Befreiungsmöglichkeiten

Sofern einer der folgenden Tatbestände auf alle Haushaltsangehörige zutrifft, müssen Sie Abschnitt 1 und 3 ausfüllen, den Erhebungsbogen unterschreiben und eine Kopie des **aktuellen und vollständigen** Leistungsbescheides beifügen.

Alle Bewohner/innen beziehen

- Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz.
- Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II).
- Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII).
- Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung nach den Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII).
- ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 27 a des Bundesversorgungsgesetzes.
- „Ich will keine Angaben zu meinem Einkommen machen. Mir ist bekannt, dass ich dann zu den höchsten Abgaben herangezogen werde“.
 In diesem Fall genügt es, wenn Sie Abschnitt 1 und 2 ausfüllen, die Erklärung unterschreiben und eine **Kopie der letzten Mietänderungsmittelteilung** beifügen.

Trifft auf Sie keine der oben genannten Möglichkeiten zu, füllen Sie bitte den gesamten Fragebogen aus.

1. Angaben zur Wohnung

PLZ, Ort			
Straße, Hausnummer			
Stockwerk	<input type="checkbox"/> rechts	<input type="checkbox"/> Mitte	<input type="checkbox"/> links
			Quadratmeter Wohnfläche (lt. Mietvertrag)

Ausstattung

Tragen Sie bitte nur die Wohnungsausstattung ein, die vom Vermieter bereitgestellt oder überwiegend von ihm bezahlt wird!

<input type="checkbox"/> Zentralheizung	<input type="checkbox"/> Etagenheizung	<input type="checkbox"/> Gas- oder Elektroeinzelöfen
<input type="checkbox"/> Öleinzelföfen mit zentraler Brennstoffversorgung	<input type="checkbox"/> Öl- oder Kohleeinzelföfen	<input type="checkbox"/> Bad oder Dusche

2. Angaben zum Mietverhältnis

Beginn des Mietverhältnisses	Datum
Grundmiete monatlich (ohne Umlagen)	EUR
Letzte Mieterhöhung	Datum

Nachweis: letzte Mietneufestsetzung/letzte Mieterhöhung (mit Kaltmiete)

Ich bin/ wir sind

- Hauptmieter/-in der Wohnung
- Ich bin Eigentümer/in oder Erbbauberechtigte/r der von mir bewohnten Wohnung. Wenn es sich um eine Eigentumswohnung oder eine Wohnung in einem Eigenheim mit bis zu zwei Wohnungen handelt, genügt es, wenn Sie Abschnitt 1 und 3 ausfüllen, die Erklärung unterschreiben und mit **einer Kopie des Grundbuchauszuges** zurücksenden.

Besteht für die genannte Wohnung ein Untermietverhältnis?

- Nein
- Ja (Hinweis: Sollte ein Untermietverhältnis bestehen, erhalten Sie von uns ein zusätzliches Formular.)

3. Angaben zu den Bewohnern/innen:

Bitte tragen Sie hier alle weiteren Bewohnerinnen und Bewohner ein.

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverhältnis zur Mieterin/zum Mieter
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			
7.			

Bei mehr als 7 Personen verwenden Sie bitte ein gesondertes Blatt.

4. Einkommenserklärung

Alle in der Wohnung lebenden Personen sind verpflichtet, der zuständigen Stelle Auskünfte über ihr Einkommen zu erteilen. Soweit Mitglieder Ihres Haushaltes nicht bereit sein sollten, Ihnen ihre Einkommensunterlagen zur Weitergabe an uns zur Verfügung zu stellen, sind Sie verpflichtet, uns diese Personen zu benennen. Bitte vermerken Sie dies ggf. in der Spalte Einkommensart. Wir werden in diesen Fällen mit den genannten Haushaltsmitgliedern unmittelbar Kontakt aufnehmen.

Name, Vorname	Einkommensart	Gesamtbrutto-lohn monatlich	davon werden gezahlt:		
			Einkommens-steuer	Kranken-versicherung	Renten-versicherung
		EUR	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja
		EUR	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja
		EUR	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja
		EUR	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja
		EUR	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja
		EUR	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja

Nachweise aller Haushaltsangehörigen:

- Einkommensnachweise der letzten 12 Monate oder die Gehaltsabrechnung vom Dezember des Vorjahres bzw. die Lohnsteuerbescheinigung des Vorjahres sowie eine aktuelle Gehaltsabrechnung
- Aktuelle Rentenbescheide: Alters-, Witwen-/r-, Betriebs- und Zusatzrenten sowie private Renten ggf. auch entsprechende Kontoauszüge
- Aktueller und vollständiger Leistungsbescheid nach SGB II/XII, ALG I, Wohngeld
- Sonstige Einkommensnachweise z.B. Krankengeld, Arbeitslosengeld, Pflegegeld, Minijob, Unterhalt

Zählen Kinder zum Haushalt, für die Kindergeld gewährt wird?

nein

ja, für lfd. Nr. (siehe Abschnitt 3)

Nachweis: aktueller Kindergeldbescheid/Kontoauszug

Bei Kindern über 16 Jahre ist eine aktuelle Schulbescheinigung bzw. Studienbescheinigung einzureichen.

Werden von einem Haushaltsmitglied für eine Einkommensart erhöhte Werbungskosten geltend gemacht?

nein

ja, bitte ausfüllen und Nachweise beifügen:

Name, Vorname	Einkommensart	Höhe der Werbungskosten
		EUR
		EUR

Hinweis Werbungskosten: Erhöhte Werbungskosten können nur berücksichtigt werden, wenn sie mit dem Einkommenssteuerbescheid des Vorjahres oder anderweitig nachgewiesen werden.

Vorhersehbare Einkommensänderungen

Werden sich die Einkünfte eines Haushaltsmitgliedes in Zukunft auf Dauer wesentlich erhöhen oder vermindern?

nein

ja, bitte ausfüllen und Nachweise beifügen:

Name, Vorname	Grund der Einkommensänderung	Änderung ab	Zukünftige Höhe

Nachweis: z. B.: Neuer Arbeitsvertrag, Kündigung, Rentenbeginn (Rentenbescheid)

5. Angaben zu möglichen Frei- und Abzugsbeträgen

Bitte kreuzen Sie an, wenn einer der folgenden Punkte auf Ihren Haushalt zutrifft.

Grad der Behinderung

Wurde bei Ihnen oder einer anderen Bewohnerin/einem anderen Bewohner ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 % festgesetzt?

Nein Ja und zwar bei:

Name	Vorname	Grad der Behinderung in %

Nachweis: Schwerbehindertenausweis mit dem Grad der Behinderung oder Feststellungsbescheid des Amtes für Versorgung und Soziales.

Ehe/eingetragene Lebenspartnerschaft

Sind eine Bewohnerin/ein Bewohner bzw. der Ehegatte/die Ehegattin beide unter 40 Jahre alt und weniger als 5 Jahre verheiratet/verpartnert?

Nein Ja und zwar:

Name	Vorname	Geburtsdatum

Nachweis: Eheurkunde /Lebenspartnerschaftsurkunde

Kind mit eigenem Einkommen

Hat ein/Haben mehrere zum Haushalt rechnende/s Kind/er zwischen 16 und 24 Jahren eigenes Einkommen im Sinne des § 32 Abs.1, 3 bis 5 des Einkommenssteuergesetzes?

Nein Ja und zwar folgende/s Kind/er:

Name	Vorname	Wird für dieses Kind Kindergeld bezogen?
		<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
		<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja

Nachweis: Ausbildungsvertrag, Lohnsteuerbescheinigung, aktuelle Gehaltsabrechnung

Unterhalt

Leisten Sie oder eine andere Bewohnerin/ein anderer Bewohner aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen Unterhaltszahlungen?

- Nein Ja, und zwar für
- eine haushaltsangehörige Person, die auswärts untergebracht ist
 - eine nicht zum Haushalt rechnende frühere oder dauerhaft getrennt lebende/ Ehegattin/Ehegatte oder Lebenspartnerin/Lebenspartner
 - eine sonstige nicht zum Haushalt rechnende Person

Nachweis: z.B. gerichtliche Entscheidungen über zu leistende Unterhaltszahlungen, Zahlungsbelege

Alleinlebende/r Erwerbstätige/r

Leben Sie alleine mit mindestens einem Kind unter 12 Jahren in der Wohnung?

Nein Ja

Gehen Sie einer Erwerbstätigkeit nach?

Nein Ja, ich arbeite durchschnittlich _____ Stunden pro Monat

Nachweis: Arbeitsvertrag oder Ausbildungsvertrag

6. Betreuung

Haben Sie eine/n Betreuer/in oder möchten Sie jemanden bevollmächtigen?
(Angaben zur gesetzlichen Betreuung bzw. Bevollmächtigung)

Folgende Person

Anrede	Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Herr <input type="checkbox"/> Frau <input type="checkbox"/> Divers		
Anschrift		
Telefonnummer (freiwillig)	E-Mail-Adresse (freiwillig)	

- ist meine gesetzliche Betreuerin / mein gesetzlicher Betreuer.
 bevollmächtige ich, für mich und in meinem Namen in Sachen der Fehlbelegung tätig zu werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass in diesem Fall sämtlicher Schriftverkehr an die/den gesetzliche/n Betreuer/in bzw. Bevollmächtigte/n gesandt wird.

Bitte fügen Sie folgende Unterlagen in Kopie bei:

- Nachweis über gesetzliche Betreuung oder
- Nachweis über weitergehende Vollmacht.

7. Pflichten und Datenschutz

Auskunftspflicht:

Ich bin verpflichtet, Auskunft über alle zur Erhebung der Fehlbelegungsabgabe maßgeblichen Verhältnisse zu erteilen. Komme ich dieser Auskunftspflicht innerhalb der gesetzten Frist nicht nach, kann der Höchstbetrag festgesetzt werden. Sind die Angaben unvollständig oder unrichtig und ist deshalb ein zu geringer Betrag oder gar kein Betrag festgesetzt worden, wird die Abgabe rückwirkend neu festgesetzt. Die Auskunftspflicht entfällt lediglich, wenn ich mich auf Seite 1 des Erhebungsbogens mit der Zahlung des Höchstsatzes einverstanden erkläre.

Mitteilungspflicht:

Wesentliche Änderungen in meinen Verhältnissen muss ich der zuständigen Behörde unverzüglich mitteilen. Wesentlich sind folgende Änderungen:

- das **Einkommen** ändert sich um mehr als 10 %
- Wegfall von Wohngeldleistungen, Leistungen nach SGB II (Arbeitslosengeld II), SGB III (Arbeitslosengeld I), SGB XII (Grundsicherung) sowie ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 27 A Bundesversorgungsgesetz
- die **Zahl der Wohnungsinhaber/innen** ändert sich (z.B. Einzug, Auszug, Geburt)
- die maßgebliche **Miete** ändert sich um mehr als 10 %
- die persönlichen Verhältnisse im Sinne des § 7 Abs. 3 Hessisches Wohnraumförderungsgesetz ändern sich und machen eine Neuberechnung des Einkommens erforderlich (z.B. Grad der Behinderung ändert sich, Unterhaltsverpflichtungen entfallen).

Dies kann zu einer Änderung oder zur Aufhebung des Festsetzungsbescheides führen.

Verstöße gegen die Auskunfts- bzw. Mitteilungspflicht:

Ich muss alle Angaben rechtzeitig, vollständig und richtig erteilen. Wesentliche Änderungen muss ich der Behörde **unverzüglich** mitteilen. Wenn ich gegen diese Auskunfts- und Mitteilungsfristen verstoße, handele ich ordnungswidrig. Dies kann mit einer Geldbuße bis 2.500 € geahndet werden. Im Einzelfall ist auch eine strafrechtliche Verfolgung möglich.

Gesamtschuldnerische Haftung:

Bei der Zahlung der festgesetzten Fehlbelegungsabgabe haften alle volljährigen Bewohnerinnen und Bewohner, die bei der Festsetzung berücksichtigt wurden, als Gesamtschuldner (§ 2 Abs.1 Satz 2 Fehlbelegungsabgabengesetz)

Datenschutz

Bitte unterschreiben Sie die „Information und Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer Daten“ und fügen Sie ein Exemplar dem Erhebungsbogen ein Exemplar bei; ein Exemplar ist für Ihre Unterlagen.

Ich versichere, dass alle Angaben vollständig sind und der Wahrheit entsprechen. Wesentliche Änderungen in den Verhältnissen werde ich der zuständigen Behörde unverzüglich mitteilen.

Ort, Datum

Unterschrift <u>aller</u> volljährigen Bewohnerinnen und Bewohner des Haushaltes	
Name	Unterschrift